

**Einstimmiger Beschluss des MIT-Bundesvorstands (BuVo08.029)**  
**Klausurtagung vom 03. – 04. April 2009**  
**Antragsteller: Frank Gotthardt**

## **Die wirtschaftlichen Perspektiven Westafrikas**

### **Positionen der MIT zur Verbesserung der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Deutschland und Westafrika**

#### **I. Einleitung**

Für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) ist es eine ethische Verpflichtung, die Entwicklung des afrikanischen Kontinents und insbesondere Westafrikas nachhaltig zu unterstützen. Dies ergibt sich aus unserem christlichen Verständnis vom Menschen und unseren daraus abgeleiteten Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte sind nicht auf nationale Grenzen beschränkt, sondern auch verpflichtende Grundlage für unsere Außen- und Entwicklungspolitik. Es ist eine Verpflichtung für Deutschland, sich auch in unserem Nachbarkontinent Afrika für die Durchsetzung von Menschenrechten, Demokratie, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und menschenwürdigen Lebensbedingungen einzusetzen. Darüber hinaus liegt dies im eigenen Interesse unseres Landes, denn die Entwicklungen in Afrika können direkten Einfluss auf die Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa nehmen:

- Armut, Unruhen und fehlende Demokratie können Flüchtlingsströme auslösen, mit all ihren Folgeerscheinungen wie etwa Kriminalität, Drogenhandel und Armutsemigration.
- Fehlendes Umweltbewusstsein, das zunehmende Vordringen der Wüsten, die Vernichtung des afrikanischen Regenwaldes und irreversible Verluste in der Artenvielfalt haben Konsequenzen, die sich ebenfalls nicht regional eingrenzen lassen.
- Langfristig könnten die Staaten Afrikas zu interessanten Handelspartnern für unser Land werden.

Im Rahmen der 55. UN-Generalversammlung im Jahre 2000 einigten sich die 189 Mitgliedsstaaten darauf, die Armut in der Welt bis 2015 zu halbieren. Heute gilt es als sicher, dass dieses Ziel nicht mehr erreicht werden kann. Die bisherigen Hilfsprogramme und Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungshilfe haben den erhofften Entwicklungsfortschritt nicht herbeiführen können. Vor diesem Hintergrund muss aus Sicht der MIT eine Kehrtwende in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stattfinden. Die Entwicklungszusammenarbeit muss in Zukunft stärker auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent und insbesondere Westafrika ausgerichtet werden.

## **II. Kurzüberblick - Westafrika und seine Problemlagen**

Westafrika umfasst die Staaten: Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Mauretania, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Die Entwicklung Westafrikas wurde bis ins 20. Jahrhundert durch seine koloniale Aufteilung geprägt, bevor es ab 1960 zu einer Unabhängigkeitswelle kam. Westafrika ist bis heute von den Gegensätzen der frankophonen und anglophonen Staaten, auch als Folge unterschiedlicher Auffassungen von Kolonialisierung durch Franzosen und Briten, geprägt. Westafrika ist mit zahlreichen Problemlagen konfrontiert, die sich gegenseitig bedingen bzw. als Konsequenz aus anderen Problemlagen hervorgehen. Zu nennen sind etwa die hohe Armutsquote, eine unzureichende Infrastruktur insbesondere im Energie-, Wasser-, Verkehrs- und Transportbereich, fehlende Qualitäts-, Sicherheits- und Umweltstandards, ein Mangel an verlässlichen Rechtsgrundlagen, keine gefestigten demokratischen Grundstrukturen, Korruption, die voranschreitende Desertifikation, Analphabetismus, ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau der Durchschnittsbevölkerung sowie ein rapides Bevölkerungswachstum.

## **III. Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Um diesen Problemlagen nachhaltig entgegenzuwirken, ist eine systematische Umstellung der Entwicklungshilfe erforderlich. Denn weniger die fortwährende Erhöhung von Transferleistungen, sondern die gezielte Unterstützung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum der afrikanischen Volkswirtschaft wird am ehesten dazu beitragen, den Entwicklungsperspektiven Afrikas eine reelle Chance zu geben.

Zurzeit ist unser Nachbarkontinent von den Einnahmen aus Rohstoffexporten abhängig und damit nicht beeinflussbaren Nachfrageschwankungen der Industrieländer unterlegen. Davon sind rohstoffreiche Länder mit „Guter Regierungsführung“ ebenso betroffen wie Staaten, denen ein unsachgemäßer Umgang mit den Erlösen aus dem Verkauf ihrer Ressourcen vorgeworfen wird. Nur der Aufbau einer dynamischen Unternehmerschaft, verbesserte marktwirtschaftliche Strukturen und eine moderne Infrastruktur können die Krisenanfälligkeit afrikanischer Volkswirtschaften mindern.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Entwicklung demokratischer Strukturen und ein sinnvoller Mitteleinsatz der Entwicklungshilfe forciert werden, die Infrastrukturinvestitionen verstärkt werden, ein solides Bildungs- und Ausbildungssystem errichtet und die Entwicklungszusammenarbeit mit der Außenwirtschaft besser verzahnt werden.

## **IV. Demokratisierungsprozess fördern**

Auch wenn es in vielen Ländern Westafrikas Mehrparteiensysteme gibt und mehr oder weniger regelmäßige Wahlen durchgeführt werden, ist der Blick hinter die Fassaden eher ernüchternd. Die formalen demokratischen Institutionen können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Demokratieentwicklung in Westafrika unvollkommen ist, in einigen dieser Länder faktisch diktatorische oder autokratische Herrschaftssysteme vorherrschen, Wahlmanipulationen stattfinden und Oppositionsparteien durch Regierung und Militär mitunter in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte stark eingeschränkt werden. Von funktionierenden Staaten kann daher in vielen afrikanischen Ländern nicht ausgegangen werden. Ungeachtet dieser Tatsache unterstützen nahezu zwei Drittel der Bevölkerung in Westafrika die Demokratie und ziehen sie anderen Herrschaftsformen vor. Militär-, Ein-Partei- und Ein-Mann-Regime werden von fast drei Vierteln abgelehnt. (Afrobarometer 1999- 2006)

Damit sich der Prozess der Demokratisierung langfristig in Westafrika festigen kann, sind in erster Linie die westafrikanischen Staaten in der Pflicht, die Reformprozesse weiter voranzutreiben. Aufgabe Deutschlands und westlicher Demokratien muss es aber sein, den Demokratieprozess in den Ländern Westafrikas nachhaltig zu unterstützen und auf die Fortentwicklung demokratischer Grundstrukturen zu drängen. Im Rahmen von Wahlen muss die Wahlbeobachtung gestärkt werden. Dabei muss friedlichen oppositionellen Kräften durch die westliche Staatengemeinschaft Schutz vor Übergriffen gewährt werden.

Darüber hinaus sind die Aktivitäten von Stiftungen vor Ort zu unterstützen. Vor allem die Arbeit und das Engagement des Regionalprogramms "Politischer Dialog Westafrika" (PDWA) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist nachhaltig zu fördern. Ziel des PDWA ist es, demokratische Strukturen einzuführen und zu fördern sowie eine demokratische Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung zu erreichen. Das Programm richtet sich sowohl an die breite Bevölkerung als auch an reformwillige Eliten. Es ist neben Togo in Benin, Côte d'Ivoire, Burkina Faso, Niger und Mali tätig. Durch die jahrelange engagierte Arbeit der KAS in Westafrika konnten bereits große Erfolge erzielt werden. So wurden wichtige Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft über das Programm gefördert, für demokratische Strukturen sensibilisiert und an Dialogen zur gemeinsamen Gestaltung einer Politik für die Zukunft beteiligt. Die Arbeit der KAS in Westafrika versteht sich als Angebot der Hilfe zur Selbsthilfe und sollte daher auch in Zukunft nachhaltig gefördert werden.

## **V. CAR-Partei in Togo und Partnerparteien der UPADD in Westafrika unterstützen**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU erklärt ihre Verbundenheit zur UPADD Westafrika (Union of African Parties for Democracy and Development), die auf friedlichem Wege Demokratie und die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in den westafrikanischen Ländern etablieren wollen. Dabei betrachten wir uns insbesondere als Partner und Freund der CAR-Partei in Togo. Togo ist ein Land, welches der Form nach Parteien zulässt und Wahlen abhält: Es dominieren jedoch autokratische Züge, die sicherstellen, dass die Macht der herrschenden Partei und ihres Präsidenten unangetastet bleiben. Hier hat die herrschende Elite, insbesondere das Militär, nach dem Tod des Langzeit-Präsidenten Eyadema 2005 nur auf Druck der westafrikanischen Staaten und der internationalen Gemeinschaft Wahlen abgehalten, um die Ernennung von Eyademas Sohn zum neuen Präsidenten zu legitimieren. Von Demokratie und demokratischen Rechten für die Opposition ist dieses Land aber weit entfernt. Wir unterstützen daher das Eintreten der CAR-Partei für einen gewaltfreien demokratischen Wechsel in Togo, einen modernen Staat ohne Korruption und mit effizienter Verwaltung sowie die Ausrichtung an einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung mit sozialem Ausgleich.

Die Unterstützung von Parteien wie der CAR-Partei durch eine große etablierte deutsche Volkspartei wie die Union, stärkt unseren Partnern in Westafrika für ihre Arbeit unter widrigsten Umständen nachhaltig den Rücken. Wir fordern daher die CDU Deutschlands auf, offiziell ihre Verbundenheit gegenüber der CAR-Partei in Togo sowie der UPADD Westafrika zu erklären und diese Partnerparteien beim Aufbau demokratischer Strukturen in ihren Ländern zu unterstützen.

## **VI. Entwicklungshilfe: kontrolliert und projektbezogen**

Mit Blick auf Länder wie Mauritius wird deutlich, dass die Entwicklung gefestigter demokratischer Strukturen in direkter Korrelation zur wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes steht. Die Etablierung erfolgreicher und gefestigter Wirtschaftssysteme bedingt die Herausbildung demokratischer Grundstrukturen. Diesem Grundsatz muss die zukünftige Ausgestaltung der deutschen Entwicklungshilfe folgen. Die MIT fordert die Bundesregierung im Interesse unserer

afrikanischen Partner und der deutschen Wirtschaft auf, in Zukunft einen stärkeren Fokus auf die deutsch-afrikanische wirtschaftliche Zusammenarbeit zu legen. Die Entwicklungshilfe muss hierfür effizienter als bisher eingesetzt, aktuellen Gegebenheiten angepasst und besser mit einer langfristigen Entwicklungsstrategie abgestimmt werden.

Einflussreiche Geldgeber, wie etwa Großbritannien, die skandinavischen Länder oder die Weltbank plädieren dafür, die Abwicklung der Entwicklungshilfemittel als so genannte Budgethilfe vorzugsweise über den Staatshaushalt des jeweiligen Partnerlandes vorzunehmen. Das heißt, die Hilfemittel werden in den Staatshaushalt des Empfängerlandes direkt eingestellt und unter bestimmten Bedingungen durch dieses weitestgehend eigenständig verwaltet und ausgegeben. Durch die Budgethilfe soll die Selbständigkeit des Empfängerlandes gestärkt werden.

Budgethilfe hätte aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Empfängerland eine starke, legitimierte und reformwillige Regierung hat. Dies würde voraussetzen, dass etwa die Regierung eine hohe Zustimmung der Bevölkerung zum Regierungshandeln hat, eine wirksame politische Kontrolle der Regierung durch ein demokratisch legitimates, qualifiziertes und eigenständiges Parlament sowie durch eine aktive Zivilgesellschaft erfolgt, sich die Regierung einem realisierbaren und auf die wesentlichen Entwicklungsaspekte abzielenden Reformprogramm verpflichtet fühlt und eine effiziente, rechtsstaatliche und von Korruption weitgehend freie Verwaltung existiert.

Mit Blick auf die aktuellen Verhältnisse in den meisten westafrikanischen Ländern kann die Budgethilfe kein geeignetes Instrument darstellen. Die o.g. Voraussetzungen werden in den westafrikanischen Ländern teilweise oder gar nicht erfüllt. Die Gefahr, dass durch Budgethilfe die o.g. Defizite nicht vermindert, sondern möglicherweise sogar noch verstärkt werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Vielmehr würden der Demokratisierungsprozess und die Korruptionsbekämpfung durch das Instrument der Budgethilfe geschwächt. Deutschland sollte sich daher an der allgemeinen Budgethilfe nur zurückhaltend beteiligen, anstatt die Beteiligung an der Budgethilfe weiter auszubauen. Vielmehr soll sich der Fokus auf eine effiziente sektorale Programmhilfe richten.

Es ist in den meisten westafrikanischen Ländern, die viel Entwicklungshilfe erhalten, bisher nicht gelungen, die Armut nachhaltig zu verringern. Zukünftig sollte sich die Bereitstellung von Mitteln für die Entwicklungshilfe daher noch stärker danach ausrichten, ob sie nach folgenden Kriterien erfolgt:

- Der Vorzug ist sektoralen Programmhilfen zu geben.
- Die Mittel sollten dezentral, projekt- und programmbezogen sowie zeitlich befristet eingesetzt werden.
- Die Bewilligung soll nach enger Absprache mit dem Empfängerland erfolgen und durch das Ergebnis durch eine anschließende Erfolgskontrolle evaluiert werden.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll sich mit der deutschen Beteiligung an der Budgethilfe stringent auf die Länder beschränken, die wirklich die Voraussetzungen für eine effiziente Anwendung des Instruments bieten.
- Entwicklungshilfe soll vom BMZ grundsätzlich davon abhängig gemacht werden, dass seitens des Empfängerlandes Bereitschaft besteht, Programme und Projekte umzusetzen, die der Stärkung der Kompetenz des Parlaments und anderer demokratisch gewählter Körperschaften, der öffentlichen Sicherheit, des Rechtswesens, der örtlichen Selbstverwaltung und einer unabhängigen Zivilgesellschaft dient und die Regierungsführung, das Finanzmanagement und die Eigenfinanzierungsquote des Staatshaushalts verbessern.
- Entwicklungshilfe muss sich daran orientieren, was praktisch machbar ist, nicht an dem, was theoretisch plausibel erscheint.

- Deutsche Entwicklungspolitik muss mit den ordnungspolitischen Grundvorstellungen der Union und dem parteienübergreifenden Leitbild sozialer Marktwirtschaft in Deutschland vereinbar bleiben. Sie darf nicht der Utopie zentralstaatlicher bürokratischer Planung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse verfallen.

## VII. Inhaltliche Schwerpunkte der Entwicklungshilfe neu definieren

Projekte und Maßnahmen, die nur punktuell und ohne langfristige Wirkung ansetzen, wie etwa die bloße Bereitstellung von Lebensmitteln, werden, so wichtig und so bedeutend sie auch im Einzelnen erscheinen mögen, keine grundlegende Veränderung der Lebensverhältnisse und der wirtschaftlichen Situation der westafrikanischen Bevölkerung herbeiführen. Maßnahmen sollten sich daher zukünftig noch stärker daran ausrichten, ob sie Grundlagen für eine eigenständige Versorgung und selbständiges wirtschaftliches Handeln legen. Denn nur wenn es gelingt, ein funktionierendes, freies Wirtschaftssystem und ein selbständiges Versorgungssystem zu etablieren, können sich die westafrikanischen Staaten aus der Umklammerung und Fremdbestimmung befreien und müssen nicht länger auf die karikative und Entwicklungshilfe anderer Länder und Akteure angewiesen sein.

Eine besondere Schlüsselfunktion haben daher Investitionen in die Infrastruktur, ins Bildungssystem, eine Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und eine verbesserte europäische Entwicklungspolitik.

### a) Infrastrukturinvestitionen

Die westafrikanischen Volkswirtschaften werden nur dann ihre Attraktivität für ausländische Investoren und somit für Direktinvestitionen steigern, wenn es gelingt, eine verlässliche Energie- und Wasserversorgung bereitzustellen.

Viele landwirtschaftliche Produkte können derzeit weder als Rohprodukt noch als verarbeitetes Erzeugnis zum Handel angeboten werden, weil allein die unzuverlässige Energieversorgung etwa für die Unterbrechung der erforderlichen Kühlkette sorgt. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass beim Ausbau der Energieeffizienz ein Fokus auf erneuerbare Energien gelegt wird. Grundsätzlich sollte aber das praktisch realisierbare im Vordergrund stehen und daher auch herkömmliche Energiesektoren berücksichtigt werden. Denn beispielsweise lassen sich in westafrikanischen Ballungszentren die Energieprobleme nicht mit erneuerbaren Energien allein lösen.

Zwingend erforderlich ist zudem der Ausbau einer leistungsfähigen Transportinfrastruktur. Aktuell ist das Schienennetz ebenso unterentwickelt wie das Straßennetz. Diese marode Infrastruktur verteuert exportfähige Waren und führt zu unzuverlässigen Lieferungen. Entwicklungshilfe sollte sich in Zukunft darauf konzentrieren, Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur zu fördern.

Als neue Weichenstellung der deutschen Entwicklungshilfe sollen dabei stärker als bisher deutsche Mittelständler in die Infrastrukturvorhaben involviert werden. Auf Grund der hohen qualitativen, ökologischen und sozialen Standards können gerade deutsche Unternehmen wichtige Partner westafrikanischer Wirtschaftsakteure sein und wesentlich zum Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur beitragen. Während die Summe staatlicher Entwicklungshilfe im Jahr 2007 insgesamt 9 Mrd. Euro betrug, wurden davon lediglich 60 Mio. Euro für das deutsche PPP-Programm eingesetzt. Vor diesem Hintergrund sind die Mittel des deutschen PPP-Programms signifikant aufzustocken. Insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen soll die Teilnahme an dem Programm ermöglicht werden.

### b) Investitionen ins Bildungswesen

Eine besonders hohe Rendite erzielen Investitionen in das Humanvermögen der afrikanischen Partnerländer. Um Entwicklungshilfe in diesem Bereich jedoch erfolgreich zu gestalten, reicht es nicht allein aus, die finanziellen Mittel für den Ausbau des Bildungswesens bereit zu stellen. Im

gleichen Maß muss der Ausbau durch das Bereitstellen von qualifizierten Ausbildungskräften flankiert werden. Neben einem gezielten Austauschprogramm für Lehrkräfte sollte auch das Know-How von deutschen Unternehmen für Ausbildungsmaßnahmen in Westafrika genutzt und gefördert werden. In der Regel findet der Austausch von unternehmerischer und betrieblicher derzeit im Rahmen von Ausbildungsprojekten der Auslandshandelskammern statt. Hier sollten deutsche Unternehmen noch stärker vor Ort in Projekte zur Aus- und Weiterbildung eingebunden werden. Vor diesem Hintergrund war es entwicklungspolitisch kontraproduktiv, dass Projekte zur Unternehmenskooperation vom BMZ eingestellt wurden. Sogenannte „B2B – oder Match-Making-Programme“ sollten durch das BMZ wieder aufgenommen und die Zusammenarbeit mit dem Kammernetzwerk sowie Fachverbänden wieder gestärkt werden. Dabei sollte sich möglichst auf Projekte in ausgewählten Sektoren und westafrikanischen Regionen konzentriert werden, um eine ineffiziente Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip zu vermeiden.

Zudem wird das BMZ aufgefordert, insbesondere Projekte nach dem bereits in Asien praktizierten Modell der „Base of Pyramid (BOP)“ zu fördern, die auf die Aktivierung der produktiven Potenziale ärmerer Teile der Bevölkerung abzielen. Es sollte zukünftig im Vordergrund stehen, entwicklungspolitische Maßnahmen für die Mobilisierung unternehmerischer Potenziale der Menschen in Westafrika im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe einzusetzen, anstatt lediglich die Syptombekämpfung, also die Beseitigung eines Mangels zum Ziel zu erklären.

#### c) Verzahnung von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit

Die Große Koalition hatte sich 2005 zum Ziel gemacht, die Zusammenarbeit zwischen Außenwirtschaft (AW) und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu verstärken. Eine vom BMWi 2006 in Auftrag gegebene Studie (Como-Studie) hat zwar neue interessante Kooperationsfelder benannt, wurde aber in weiten Teilen nicht in die Realität umgesetzt. Es ist daher erforderlich, dass die Erkenntnisse und Vorschläge aus der „Como-Studie 2006“ nun zeitnah realisiert werden. Dabei sollte die Zusammenarbeit zwischen AW und EZ zu einer stärkeren Vernetzung des operativen als auch des institutionellen Bereichs und zu einem ressortübergreifenden Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt, dem BMWi und dem BMZ führen. Zudem sollte die Kooperation von AHKs mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) intensiviert werden.

#### d) Einfluss auf europäische Entwicklungspolitik stärker wahrnehmen

Die deutsche Entwicklungspolitik wird zunehmend von Aktivitäten der Europäischen Kommission überlagert. Als größter EU-Nettozahler sollte Deutschland zukünftig verstärkt eigene Positionen in die Ausgestaltung der europäischen Entwicklungspolitik einbringen. Zudem kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu, denn im Gegensatz zu anderen ehemaligen Kolonialmächten nimmt Deutschland das Image des „ehrlichen Maklers“ ein, welches einerseits Deutschland einen Vertrauensbonus gewährt, andererseits unserem Land und deutschen Unternehmen auch besondere Möglichkeiten bzgl. der Akzeptanz von Entscheidungen und Forderungen eröffnet. Diesen Stellenwert sollte Deutschland auch dazu nutzen, stärker noch als bisher die bilaterale Zusammenarbeit zwischen westafrikanischen Staaten zu suchen.

Grundsätzlich ist der Abschluss neuer Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, [www.acp.int](http://www.acp.int)) zu begrüßen, da zum einen die bisher gültigen Handelspräferenzen gegen geltendes WTO-Recht verstießen und nur noch bis Ende Dezember 2007 über eine Ausnahmegenehmigung der WTO rechtskräftig waren. Zum anderen war es erforderlich, dass neuen Partnerschaftsabkommen eine schrittweise und abgefederte Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft ermöglichen. Ebenso ist zu begrüßen, dass die handelsbezogene Entwicklungshilfe der EU „Aid for Trade“ ab 2010 zusätzlich bis zu zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellt und zudem die EU den AKP-Staaten begleitende Maßnahmen anbietet, wie z. B. den Aufbau eines Monitoringsystems, mit dem Umstrukturierungsmaßnahmen fortlaufend bewertet und gegebenenfalls Kurskorrekturen eingeleitet werden können. Es bleibt aber weiterhin erforderlich, dass Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auch weiterhin auf eine nachhaltige

wirtschaftliche Entwicklung in den AKP-Staaten abzielen und durch eine schrittweise Integration eine faire Teilhabe am Welthandel gelingt. Zukünftige Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müssen hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen.